

Richtlinie zur Vergabe von Mitteln aus der Rücklage nicht verbrauchter Personalkostenzuweisungen („Vakanzfonds“) Vom 9. Februar 2021

Reg.-Nr. 41114 (1) 1

Das Landeskirchenamt hat auf der Grundlage von § 32 Absatz 3 der Kirchenverfassung folgende Richtlinie beschlossen:

1. Fördergrundsätze und Mitteilung an die Kirchenbezirke

Nicht verbrauchte Haushaltsmittel, die im Verteilvolumen als Personalkostenzuweisungen an Kirchgemeinden und Kirchenbezirke vorgesehen sind, werden in eine zweckgebundene Rücklageeingestellt, aus der Stellen im Verkündigungsdienst gefördert werden sollen. Den Kirchenbezirken wird dabei die Hälfte der in der Rücklage befindlichen Mittel in dem Verhältnis zugeordnet, in dem sie durch Vakanzen in den jeweiligen Kirchenbezirken entstanden sind; der Rest steht für Stellen in allen Kirchenbezirken zur Verfügung. Der den einzelnen Kirchenbezirken zur Verfügung stehende Betrag wird jährlich mitgeteilt.

2. Förderfähige Stellen

Aus der gebildeten Rücklage werden Stellen im Verkündigungsdienst und Stellen, die im weiteren Sinne dem Verkündigungsdienst entsprechen, z. B. in den Bereichen Arbeit mit Kindern, Sozialarbeit oder Altenbetreuung, gefördert. Die Förderung von Pfarrstellen ist ausgeschlossen.

3. Art der Förderung

Gefördert werden 60 % der Personalkosten einer Stelle für maximal 5 Jahre bzw. bis zum Beginn der nächsten Struktur- und Stellenplanung. Bei Teilbesetzung der Stelle gilt das entsprechend. Bedingung dabei ist, dass die Stelle innerhalb von 9 Monaten nach der Förderzusage besetzt wird.

Die Förderung wird als einmaliger Zuschuss gewährt. Die Auszahlung des Förderbetrages erfolgt mit Besetzung der Stelle. Endet die Besetzung der Stelle vorzeitig ist der Förderbetrag entsprechend anteilig zurückzuzahlen.

Ein Anspruch auf Förderung besteht nicht.

4. Antragsberechtigte

Antragsberechtigt sind Kirchgemeinden, Kirchspiele, Kirchgemeindebünde und Kirchenbezirke.

5. Antragsverfahren

Förderanträge sind über den Kirchenbezirk und bei Kirchgemeinden, Kirchspielen und Kirchgemeindebünden sodann über das jeweils zuständige Regionalkirchenamt an das Landeskirchenamt zu richten. Mit dem Antrag sind folgende Unterlagen einzureichen:

- ausführliche Stellenbeschreibung
- Finanzierungsplan mit einer Personalkosten-Hochrechnung (Arbeitgeber-Brutto mit einer jährlich angenommenen Steigerung von 2,5 %) für die gesamte Dauer der Besetzung (Muster siehe Anlage)
- Votum des Superintendenten und des jeweiligen Fachberaters

Anträge können erstmals für das Haushaltsjahr 2021 gestellt werden.

6. Berichtspflicht

Nach Ende des Förderzeitraumes ist dem Landeskirchenamt über die Arbeit in den Stellen zu berichten.

7. Arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen

Für die geförderten Stellen und Anstellungen gelten:

- die allgemeinen Bestimmungen für personalkostenzuweisungsfähige Stellen im Bereich der Landeskirche,
- die Rahmenbedingungen wie Anstellungsvoraussetzungen, Probezeit, Urlaub, Entgeltfortzahlung bei Krankheit etc. nach dem Landeskirchlichen Mitarbeitergesetz und der Kirchlichen Dienstvertragsordnung (KDVO),
- die Planungsgrundsätze hauptamtlicher und nebenamtlicher Stellen, Dienst- und Fachaufsicht, Fortbildungsverpflichtung, Einbindung in Konvente und die Einbindung in die Dienstgemeinschaft,
- der Arbeits- und Gesundheitsschutz, der Versicherungsschutz, die urheberrechtlichen Nutzungsgenehmigungen im Rahmen bestehender Vereinbarungen (GEMA, VG Wort) und weitere Vorkehrungen der Landeskirche zur Gewährleistung im Zusammenhang mit Arbeitsverhältnissen zu beachtender (staatlicher) Bestimmungen.

Aus der Erweiterung oder Neubegründung von Dienstverhältnissen darf den Antragsberechtigten keine finanzielle Belastung entstehen, die sie mittelfristig nicht tragen können.

Die Vertragserstellung und Begleitung bei Fragen aus dem Dienstverhältnis erfolgen durch die Zentralstelle für Personalverwaltung; die Abrechnung der Lohnkosten und Sozialabgaben durch die ZGAST. Die Regionalkirchenämter unterstützen die Kirchengemeinden besonders bei haushaltsrechtlichen und Finanzierungsfragen.

8. Kontakt

Ev.-Luth. Landeskirchenamt, Lukasstraße 6, 01069 Dresden

Rückfragen an finanzdezernat@evlks.de

9. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft.

Evangelisches-Lutherisches Landeskirchenamt Sachsens

Hans-Peter Vollbach

Präsident

Anlage zur Richtlinie zur Vergabe von Mitteln aus der Rücklage nicht verbrauchter Personalkostenzuweisungen („Vakanzfonds“)

Muster Personalkostenplanung

(Arbeitgeber-Brutto mit einer jährlich angenommenen Steigerung von 2,5 %)

Personalkosten je nach Dauer

Anteil	Jahr 1	Jahr 2	Jahr 3	Jahr 4	Jahr 5	Gesamt
100%						
60%						
40%						

Muster Finanzierungsplan

Einnahmen		Ausgaben	
Zuschuss Landeskirche		Personalkosten	
Rücklagen		Sachkosten	
Spenden		Sonstige	
Sonstige			
Summe	0	Summe	0